

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

6.2.1932 (No. 31)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Remppacher Nr. 953 und 954, Wolfshausen Karlsruhe Nr. 3516

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. A. M. e. n. d. Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Besondere mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Betreibung und Konkursverfahren fällt der Fall die Zeitung verpöht, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unterlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Besichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Frankösischer Vorstoß in Genf

Man will Schumann von Europa werden
Der französische Delegierte Tardieu hat auf der Genfer Abrüstungskonferenz ein Memorandum überreicht, das den bekannten Standpunkt der französischen Regierung in der Sicherheitsfrage vertritt. Ferner tritt es für eine Internationalisierung der gesamten Luftfahrt, die Schaffung einer internationalen Streitmacht des Völkerbundes, sowie den Schutz der Zivilbevölkerung ein und enthält Vorschläge über die „Organisation des Friedens“. In Wirklichkeit enthält das Memorandum keinen einzigen praktischen Vorschlag für die der Konferenz eigentlich gestellte Aufgabe, nämlich die allgemeine Abrüstung und verfolgt keinen anderen Zweck, als die bekannte französische Sicherheitslehre nochmals aufzustellen. Die einzige positive Neuerung in den französischen Vorschlägen sind die Bestimmungen über den Schutz der Zivilbevölkerung bei Bombardements.

Die französischen Vorschläge für die Internationalisierung der Luftfahrt sind sowohl hinsichtlich der Kriegesflugzeuge als hinsichtlich der zivilen Luftfahrt unerkennbar gegen Deutschland gerichtet, das bei dem gegenwärtigen Zustand ein geographisches Hindernis für den freien Verkehr der Kriegesflugzeuge Frankreichs und seiner östlichen Verbündeten bildet. Für Deutschland ist die Frage einer Völkerbundsmarine so lange nicht diskutierbar, als das gegenwärtige flagrante Mißverhältnis zwischen rüstungslos entwaflneten und schrankenlos ausgerüsteten Staaten besteht. Unter diesen Umständen würden in einer Völkerbundsmarine die hoch ausgerüsteten Staaten das unbedingte Übergewicht besitzen, und eine Exekution würde nur gegen den Schwachen möglich sein. Wie schon zur Zeit des Genfer Protokolls verfolgt Frankreich auch jetzt das Ziel, als Mandatar des Völkerbundes in Europa nach seinem Gutdünken die Polizeigewalt auszuüben. Es handelt sich um ein Dokument, das unter dem Vorwand technischer Ziele im wesentlichen politische Zwecke verfolgt.

Einzelheiten aus den Vorschlägen

Die französischen Vorschläge über die Internationalisierung der Luftfahrt besagen, daß die Zivilluftfahrt und die Bombenflugzeuge dem Völkerbund zur Verfügung gestellt und von den Signatarmächten der künftigen Abrüstungskonvention nur solche Flugzeuge hergestellt und frei verwendet werden sollen, die nicht militärisch verwendbar sind und deren Größe eine von der Konferenz festzusetzende Ziffer nicht übersteigt. Der Bau und die Verwendung großer Luftfahrzeuge soll kontinental, interkontinental und interkolonialen Organisationen übertragen werden, die ihrerseits dem Völkerbund unterstehen, der auf dieses Material ein ständiges Requisitionsrecht besitzen soll. Die militärischen Großflugzeuge sollen allein dem Völkerbund, und zwar unbeschränkt zur Verfügung stehen. Unter den gleichen Bedingungen, wie die Flugzeuge, soll das Material der Land- und Seerüstungen dem Völkerbund zur Verfügung gestellt werden.

Im dritten Abschnitt der Denkschrift wird erstens eine internationale Polizeitruppe zur Verhütung und zweitens eine erste Staffel von Exekutionstruppen zur Bekämpfung des Krieges und zur sofortigen Hilfeleistung für einen angegriffenen Staat vorgeschlagen. Die Polizeitruppe soll ständig verfügbar sein und das Recht des freien Durchzuges nach der Konfliktzone besitzen. Frankreich erklärte sich bereit, die in Kapitel 4 angeführten Kontingente zu stellen. Staaten, die Tanks oder ähnliche Panzerwagen sowie schwere Artillerie besitzen, sollen sich verpflichten, die dem Völkerbund zur Verfügung stehenden Streitkräfte damit auszustatten.

Nach dem in Kapitel 4 vorgesehenen Schutz der Zivilbevölkerung soll die Verwendung von Brandbomben, Bomben mit Giftgasen oder Bazillen sowohl durch Flugzeuge als durch Land- und Schiffsartillerie unzulässig sein, ferner ein Bombardement außerhalb einer sich an die Landfront anschließenden Zone von noch festzusetzendem Ausmaß. Ausgenommen hiervon sollen Luftfahrtsstützpunkte und Gelände, in denen weittragende Geschütze aufgestellt sind, sein. Auch an der Küste sollen diese Bestimmungen gelten.

Im fünften Abschnitt über die Organisationsbedingungen des Friedens wird betont, daß nicht durch empirische und technische Verfahren eine wesentliche Herabsetzung der Rüstungen herbeigeführt werden kann. Man müsse den Plan ändern und von nun an die gemeinsame Sicherheit erstreben. Die gegenwärtige Konferenz liefere die beste Gelegenheit, endgültig zwischen einem mit Exekutivgewalt ausgestatteten Völkerbund und einem Völkerbund zu wählen, der durch unabhägige Souveränitäten geknüpft ist. Voraussetzung hierfür sei die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit, die Begriffsbestimmung des Angreifers, Garantien hinsichtlich der raschen Entscheidung über die Verwendung der Streitkräfte und eine internationale Kontrolle der Regelung der Rüstungen.

Berliner Pressestimmen

W.B. Berlin, 6. Febr. (Priv.-Tel.) Während der „Vorwärts“ in den französischen Vorschlägen, den Völkerbund mit einer Armee auszustatten, einen großen Gedanken sieht, findet der Plan in den übrigen Blättern mehr oder minder scharfe Ablehnung. Die „Germania“, die in einem in Waffen stehenden Völkerbund keineswegs das Ideal einer Friedensorganisation sieht, fragt, ob sich Frankreich die Internationalisierung der Streitkräfte auf der Basis vollkommener Gleichberech-

Letzte Nachrichten

Das neue Osthilfegesetz

Die Finanzierung der Osthilfe

W.B. Berlin, 6. Febr. (Tel.) In der gestrigen Kabinettssitzung am Abend hat das Reichskabinett eine „Verordnung zur beschleunigten Durchführung der landwirtschaftlichen Osthilfe im Osthilfegesetz“ verabschiedet, um die weitere Finanzierung der Osthilfe auf eine sichere Grundlage zu stellen und eine beschleunigte Durchführung der Osthilfeverfahren — in etwa 1—1½ Jahren — zu ermöglichen.

In der Verordnung ist vorgegeben, daß die Gläubiger mit Osthilfe-Entschuldungsbriefen abgefunden werden können. Diese Entschuldungsbriefe werden von der Deutschen Rentenbank, Abteilung Osthilfe, bis zur Höhe von 500 Millionen ausgeben, mit 4% Prozent verzinst und in Höhe von rund 300 Millionen im Rechnungsjahr 1935, mit dem Restbestand im Jahre 1938 eingelöst. Zur Verzinsung und Einlösung werden verwendet die Aufbringungsanlagen der Industrie, Reichshaushaltsmittel, verfügbare Reingewinne der Rentenbank-Kreditanstalt und die Zins- und Tilgungsbeträge der Ostschuldungsbriefe, die in Höhe der ausgegebenen Ostschuldungsbriefe auf den entschuldeten Grundstücken eingetragen werden.

Außer den Ostschuldungsbriefen stehen für die Durchführung der Osthilfe Darlehensbeträge in Höhe von 100 Millionen zur Verfügung, deren Aufkommen sichergestellt ist. Obwohl die angegebene Einlösungzeit der Ostschuldungsbriefe verhältnismäßig sehr kurz bemessen ist, wird den Gläubigern die Möglichkeit gegeben, sich auf die Ostschuldungsbriefe durch Realisationsmöglichkeiten oder Lombardierung alsbald in erheblichem Umfang Barmittel zu beschaffen.

In der gleichen Sitzung hat sich das Reichskabinett eingehend mit der Frage der landwirtschaftlichen Siedlung befaßt. Diese wurde von allen Kreisen als vorbringlich bezeichnet. Verhandlungen werden in den nächsten Tagen beginnen. Endlich befaßte sich das Kabinett mit der weiteren Durchführung der im VII. Teil der Rotterdamer vom 5. Juni 1931 vorgesehenen Vereinbarungen und Sparmaßnahmen der öffentlichen und gewerkschaftlichen Kreditorganisationen. Die danach erforderlichen Maßnahmen sollen demnächst von den zuständigen Ressorts geprüft und einer baldigen Lösung zugeführt werden.

Die Genfer Konferenz

Eine Rundgebung für Abrüstung

W.B. Genf, 6. Febr. (Tel.) Die Abrüstungskonferenz hat in ihrer heutigen Vollversammlung, die der Entgegennahme privater Petitionen gewidmet war, den Anlaß einer großen Rundgebung der Weltöffentlichkeit für Frieden und Abrüstung.

Bei Beginn der Sitzung belegte sich ein Zug von etwa 100 Vertreterinnen der Frauenorganisationen der ganzen Welt in den Konferenzsaal, wo Frau Dingman im Namen von 45 Millionen organisierten Frauen und Frau Steenberg-Engering (Holland) im Namen der 25 Millionen Mitglieder des katholischen Frauenorganisationen sprachen und die gesammelten Unterschriften — über 8 300 000 — auf den Tisch des Hauses niederlegten. Danach sprach Dr. Joachim Müller (Deutschland) für die Genfer Gruppe internationaler christlicher Organisationen und nationaler Kirchen- und Kirchengruppen.

Die Abrüstungskonferenz hat Freitag nachmittag in geheimer Abstimmung die 14 Vizepräsidenten gewählt, die zusammen mit dem Präsidenten Henderson und dem Ehrenpräsidenten Wotta das Büro der Konferenz bilden. Unter Vertretung von 54 Staaten wurden die Vertreter folgender Delegationen gewählt: Frankreich mit 54, Italien mit 54, Großbritannien mit 53, die Vereinigten Staaten von Amerika mit 52 und Deutschland mit 50 Stimmen, ferner Schweden mit 48, Japan mit 47, Spanien, Argentinien, Belgien und die Sowjetunion mit 38 Stimmen, die Tschechoslowakei und Polen mit 33 und Österreich mit 32 Stimmen.

Die Abrüstungskonferenz hat Freitag nachmittag in geheimer Abstimmung die 14 Vizepräsidenten gewählt, die zusammen mit dem Präsidenten Henderson und dem Ehrenpräsidenten Wotta das Büro der Konferenz bilden. Unter Vertretung von 54 Staaten wurden die Vertreter folgender Delegationen gewählt: Frankreich mit 54, Italien mit 54, Großbritannien mit 53, die Vereinigten Staaten von Amerika mit 52 und Deutschland mit 50 Stimmen, ferner Schweden mit 48, Japan mit 47, Spanien, Argentinien, Belgien und die Sowjetunion mit 38 Stimmen, die Tschechoslowakei und Polen mit 33 und Österreich mit 32 Stimmen.

Rühle Aufnahme in Amerika

W.B. New York, 6. Febr. (Tel.) Die Wälder bringen den Vorschlag Frankreichs auf der Genfer Abrüstungskonferenz in großer Aufmachung, haben aber zugleich die Rühle Aufnahme hervor, die der Vorschlag in Washington, namentlich in Senatskreisen, findet. Das Staatsdepartement lehnte eine Erklärung zu dem französischen Vorschlag mit dem Hinweis ab, daß die Verwendung von Heer und Flotte eine Angelegenheit des Kongresses sei.

Senator Borah lehnt die Denkschrift Tardieus ab und sieht darin den Versuch, Europa in eine Zwangsjacke zu stecken, um den Versailles Vertrag und die anderen Verträge gewaltsam aufrechtzuerhalten. Borah erklärt weiter, es sei erfreulich, daß ein solcher Vorschlag nicht die Unterstützung einer nennenswerten Zahl von Regierungen finden werde.

* Zur politischen Lage

Japans Eroberungskrieg

Japan kann für seine Eroberungspolitik im Fernen Osten nur ein einziges Argument anführen, das Beachtung verdient, wenn es auch noch lange keine Rechtfertigung dieser Politik bedeutet. Und das ist die Tatsache der großen Bevölkerungszunahme in Japan, eine Tatsache, welche die Japaner im Laufe der Zeit dazu zwingt, die Auswanderung zu pflegen und für den Überschuß der Bevölkerung anderwärts Unterkunfts- und Erwerbsmöglichkeiten zu suchen.

Nun steht aber nirgends geschrieben, daß Auswanderung gleichbedeutend sein müsse mit kriegerischer Expansion. Wenn Deutschland überall dort, wo deutsche Landeskinder sich in großer Anzahl niedergelassen haben, das ganze Gebiet annektieren wollte, müßte es Dutzende von Kriegen führen. Denn etwa 40 Proz. aller Deutschen auf der Erde wohnen außerhalb der deutschen Landesgrenzen. Und schließlich müßte ja das gleiche Recht, das für Japan gilt, auch für China gelten. Und gerade China ist es, das in den letzten Jahrzehnten die Mandchurei mit einer solchen Menge von Volksgenossen überschwemmt hat, daß rein ziffernmäßig die Japaner dagegen gar nicht auskommen können.

Das ist aber auch offenbar der Grund des gewaltigen Vorgehens. In Tokio betrachtet man die Mandchurei — zumal nach dem Sieg im russisch-japanischen Kriege — als japanische Einflußsphäre. Das Vorhandensein einer selbständigen Herrschaft in Mukden, die sich zudem an Hanking anlehnt, ist von Anfang an von den Japanern als höchst unerwünscht empfunden worden. Und das immer stärker werdende Eindringen chinesischer Volksmassen in die Mandchurei vergrößerte diese Gefühle des Unmuts. Mit alledem wird das Vorgehen Japans erklärt, aber nicht entschuldigt. Jedes Volk kann zu jeder Zeit behaupten, daß es an irgend einem Punkt der Erde ganz besondere Interessen habe, und aus dieser Erklärung dann das „Recht“ zu einer kriegerischen Aktion ableiten. Niemand wird ein solches „Recht“ anerkennen. Und nur bei einer ganz eigentümlichen Lagerung der Machtverhältnisse wird es dem betreffenden Staat möglich sein, sich mit Waffengewalt das zu holen, was er mit wirklichen Rechtsgründen nie zu gewinnen vermag.

Die Frage ist nun die: Hat Japan die weltpolitischen Machtverhältnisse so eingeschätzt, daß es daraufhin das große Abenteuer riskierte? Sie ist wohl mit einem Ja zu beantworten. Denn die japanische Regierung in Tokio wirklichen Respekt vor den Großmächten der weißen Rasse hätte, dann würde es sich zurückgehalten haben. Aber der Aspekt der Weltpolitik muß von Tokio aus wohl derartiger sein, daß man geglaubt hat, fest aufpassen zu können, ohne allzuviel dabei zu wagen.

Die Tendenz bei alledem ist, möglichst rasch vollendete Tatsachen zu schaffen, möglichst rasch zu okkupieren, in der Annahme, daß es dann keiner anderen Großmacht einfallen wird, die Japaner aus dem besetzten Gebiet mit Waffengewalt wieder herauszuwerfen. An die Möglichkeit einer militärischen Aktion aller Großmächte gegen Japan rechnet man offenbar in Tokio nicht. Denn sonst hätte man zum mindesten die Finger von Shanghai gelassen.

Schon die nächsten Tage und Wochen werden zeigen, ob die Rechnung Japans richtig war oder nicht, ob der Völkerbund und die übrigen Mächte der Erde sich den durch Japan provozierten Krieg im Fernen Osten und die Eroberungen Japans gefallen lassen oder nicht. Der Völkerbund hat sich Ende der vorigen Woche zu einer Aktion aufgefaßt: er hat das Kriegsverfahren nach § 15 der Völkerbundsstatuten eingeleitet. Über diese Geste ist er aber bis jetzt noch nicht wesentlich hinausgekommen, vielleicht verläßt er sich darauf, daß es den Vorstellungen der einzelnen Großmächte gelingen werde, Japan zur Raison zu bringen. Eine derartige gemeinsame Aktion ist ja inzwischen erfolgt; aber das Ergebnis ist dürftig genug.

Wie nicht anders zu erwarten war, haben die Japaner die Forderungen der Großmächte nicht ohne weiteres abgelehnt, sondern einige von ihnen unter gewissen Bedingungen akzeptiert. den fünften Punkt der Forderungen aber, der sofortige Maßnahmen zur Beilegung des Konflikts fordert, abgelehnt. Und ferner hat Japan dem Völkerbund mitgeteilt, daß es sich einer Anwendung des Artikels 15 auf den Konflikt in der Mandchurei widersetzen müsse.

Bisher hat man noch nichts davon gehört, daß die Großmächte wirklich entschlossen seien, auch in der mandchurischen Frage energisch zu intervenieren. Würden die Japaner nicht gleichzeitig die Hände nach ganz China ausgestreckt haben, dann würde man ihnen wahrscheinlich die Mandchurei ausgeliefert haben. Schon allein aus dieser schwächlichen Einstellung erhellet zur Genüge, daß die Großmächte der weißen Rasse zur Zeit nicht die Kraft und nicht die Neigung haben, einem eroberungslustigen Japan, wenn es mit seinen Eroberungen in bestimmten Grenzen bleibt, entgegenzutreten. Und Rußland, das ja an dem mandchurischen Konflikt am meisten beteiligt ist, hat bisher geschwiegen!

Und doch kann man sich nicht gut vorstellen, daß die Großmächte über das Ziel der japanischen Expansionspolitik im Unklaren sind. Dieses Ziel heißt: Asien den Asiaten, Asien den Japanern, da sich die Japaner als die tatkräftigsten und mächtigsten Vorkämpfer ganz Asiens fühlen. Dieses Ziel kann nach Lage der Dinge nur dann erreicht werden, wenn es Japan gelingt, den russischen Einfluß ganz und gar auf Sibirien zu beschränken und China unter die japanische Oberherrschaft zu bringen. Die Mandchurei und Schanghai sollen die Stellen sein, an denen der Hebel zuerst angegriffen wird.

Ob Japan das Spiel gewinnen wird? Wir möchten es bei aller hohen Einschätzung seiner politischen Klugheit und seiner militärischen Tüchtigkeit bezweifeln. Die Widerstände sind einstweilen sicherlich noch zu groß. Gewiß, das chinesische Volk ist staatsrechtlich uneins, es ist unmilitärisch und von geringerer Aktionskraft als der Japaner. Dafür aber verfügt es über die ältere und höhere Kultur, über eine Intelligenz in allen Dingen, die der japanischen mindestens ebenbürtig ist, über ungeheure Menschenmengen und über die Künste einer passiven Resistenz, deren Bedeutung von niemandem unterschätzt werden darf.

Sierzu kommt der Widerstand der Großmächte der weißen Rasse einschließlich Rußlands. Denn für immer wird sich Sowjetrußland nicht mit den japanischen Eroberungen abfinden können. Und dann noch eins! Japan ist auch heute noch ein armes Land. Seine Finanzen sind keineswegs in Ordnung, und nicht umsonst hat es vor kurzem die Goldwährung preisgegeben. Das große Abenteuer wird riesige Summen Geldes kosten. Und zunächst wird selbst dann, wenn es Gewinn an Land einträgt, finanziell und wirtschaftlich noch keine Vorteile mit sich bringen. Denn der im Boykott gipfelnde Abwehrkampf der Chinesen wird weitergehen, und die japanische Wirtschaft wird ihn mit jeder Woche mehr zu spüren bekommen.

Deutsche Politik

Deutschland ist außenpolitisch an den Vorgängen im Fernen Osten unmittelbar nicht interessiert. Viel wichtiger ist für uns die Rückwirkung, welche diese Vorgänge auf die Abrüstungskonferenz und auf die politische Entwicklung in Europa selbst haben können. Schon jetzt wird von französischer Seite die Agitation für die Verbeibaltung einer starken Rüstung mit Argumenten genährt, die man aus der jüngsten Geschichte des Fernen Ostens bezieht. Man weist darauf hin, daß eben doch nur ein ausreichend starkes Heer die Sicherheit eines Staates garantieren kann. Und dialektisch stellt man ja in Frankreich die Dinge immer so dar, als ob auch heute noch die französische Sicherheit von einem kriegslustigen Deutschland bedroht sei. Um diese Sicherheit zu garantieren, müsse Frankreich ein Riesenheer besitzen und Deutschland nach wie vor entwaffnet bleiben. Ist dies schon Wahnsinn, so hat es doch Methode.

Für uns ist diese ganze Einstellung nichts anderes, als eine fortgesetzte Verleumdung mit der offenkundigen Absicht, uns künstlich in der Zwangsrolle eines Staates dritten Ranges festzuhalten. Denn die Sicherheit, wenn wir

won einmal diesen Begriff in ernsthafter Weise für eine politische Erörterung übernehmen wollen, ist ja nicht nur ein Pfanzlein, an dessen Gedeihen Frankreich interessiert ist, sondern auch Deutschland hat um seine Sicherheit zu bangen. Wer garantiert denn unsere Sicherheit? Wer schützt denn uns, wenn es irgend einem Nachbarn einfallen sollte, nach japanischem Muster deutsche Gebiete zu annektieren?

Für jeden Menschen von Sinn und Verstand können die Ereignisse im Fernen Osten nur die eine Lehre ergeben: daß eine Nation, die nicht hinreichend bewaffnet ist, jederzeit die Beute eines viel stärker bewaffneten Nachbarn werden kann. Würde China ein großes, geschultes und modernes Heer besitzen, würde Japan nicht im Schlafe daran gedacht haben, die Mandchurei zu besetzen. Und nicht ohne tiefe Berechtigung hat dieser Tage ein amerikanischer Senator unter Hinweis auf die Ereignisse im Fernen Osten öffentlich gesagt, „da sehe man wieder, wohin eine Nation kommen könne, die nicht über ein schlagfertiges Heer verfüge“. Auf niemand paßt dieses Wort besser, als auf uns. Unsere Forderung kann also immer nur lauten: entweder wirkliche Abrüstung aller Staaten nach Maßgabe der schon in Deutschland bestehenden Abrüstung, oder Aufhebung der Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrags und damit Angleichung der deutschen Rüstung an das übliche Maß.

Inzwischen hat Lardieu im Namen des französischen Kabinetts die Abrüstungskonferenz mit einem genau formulierten Vorschlag überumpelt. Nach diesem Vorschlag, dessen Einzelheiten wir an anderer Stelle der heutigen Nummer wiedergeben, würde der wichtigste Teil der Seerüstung dem Völkerbundrat unterstellt werden.

Wenn der Völkerbund wirklich eine die ganze Welt umfassende Organisation mit der nötigen Autorität wäre, wenn der Völkerbund wirklich im Geiste der Gleichberechtigung aller geleitet würde und nicht im wesentlichen als ein Machsinstrument der französischen Hegemonie-Politik betrachtet werden müßte, ließe sich über diesen Vorschlag wohl diskutieren; in der Voraussetzung, daß natürlich auch Deutschland das Recht bekommt, die gleiche Rüstung zu unterhalten wie die übrigen Mächte und dann auch von sich aus den entsprechenden Teil seiner Rüstung dem Völkerbundrat unterstellt. So, wie die Dinge jetzt liegen, kann man den Vorschlag Lardieus nur mit dem größten Mißtrauen beurteilen.

Gewiß war seine Einbringung taktisch ein glänzender Schachzug der französischen Politik. Denn er liefert ganz von selbst die faktische Führung der Verhandlungen der Konferenz an Frankreich aus. Frankreichs Ideen werden es sein, die die Verhandlungen beherrschen. Und wohin diese Ideen eigentlich zielen, zeigen uns am besten die Bestimmungen des Vorschlags, die ganz offensichtlich den Zweck haben, die zivile Luftflotte Deutschlands einer Kontrolle durch den Völkerbund zu unterwerfen.

Der Einbürgerungsausschuß teilt mit, daß die Zahl der Einzeichnungen bisher insgesamt 515 000 beträgt. Oberbürgermeister Dr. Sahm erklärte heute einem Vertreter der „Wöln. Zeitung“, daß er sich entschlossen habe, die Einzeichnungssfrist bis zum 13. Februar zu verlängern.

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei begann am Freitag eine Tagung, in der zunächst organisatorische Fragen, die mit der Bildung der Eisernen Front zusammenhängen, zur Sprache kamen. Der Parteiausschuß beschäftigte sich dann mit der internationalen Lage und mit der Wirtschaftskrise, wobei verschiedene Pläne zu vermehrter Arbeitsbeschaffung erörtert wurden. Die Beratungen werden am Samstag fortgesetzt.

Einheitsliche Verkehrsverpflichtung. Auf Grund eines Antrags der Deutschen Staatspartei beschloß der Reichsausschuß des Reichstags einstimmig, die Reichsregierung zu eruchen, auf eine möglichst einheitliche Gestaltung der Grundbesätze über die Verkehrsverpflichtung hinzuwirken.

Brand ebenso raffiniert wie selbstverständlich in den Mäuren eines Schnellmalers produziert und vorab mit seinem ulkigen Krips-Kontexte nachschauen wert.

Auch in der zweiten Programmhälfte gibt es noch mehrere recht spritzige Sachen. So ist Kelly Rademacher wiederum in der Parodie einer bekannten Karlsruher Zeitungsfrau unachahmlich, und Hermann Brand's sichere, mit einem meisterlichen Minimum an äußerem Aufwand vorgetragene Dialekt-poesie („Der Annette von der Schwamengäß“) verpufft ob ihrer totalgefarbten Wirkung nicht. Natürlich finden sich auch etliche Festbestände, die weniger ziehen und denen es vorläufig nur an einer Kleinigkeit, an der nötigen Figigkeit und an ein bißchen mehr Humor mangelt, um doch uns Griesgrammen glänzend zu gefallen. Doch wird sich das bei der famos gemalten „Wurfbude“ etwa und auch bei der noch nicht ganz tingel-tangel-gemäßen Neuentdeckung Karlsruhes, die sich „Was nicht im Baedeker steht“ nennt, mit Leichtigkeit an den nächsten Tagen nachholen lassen. Zum übrigen hindert das nicht, nochmals zu wiederholen, daß die Vorbereitungen einer sehr abwechslungsreichen und fast zu 100 Prozent zündenden Unterhaltung vollauf erfüllt sind, wie das schließlich auch das gute Willkomm bezeugte, das sofort am Eröffnungabend Prinz Karneval im schier ausverkauften Landestheater gefunden hat. D. Sch.

Bühnenfestspiele Bayreuth 1933. Zu Blättermeldungen, die Bayreuther Bühnenfestspiele seien infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage für das Jahr 1932 abgefragt worden, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß für 1932 überhaupt keine Festspiele in Bayreuth vorgesehen waren. Schon im Sommer vorigen Jahres war festgesetzt und auch in der Öffentlichkeit bekannt geworden, daß die nächsten Festspiele erst im Sommer 1933 vor sich gehen werden, und zwar, weil allem Brauche entsprechend, in einer einjährigen Spielpause die Vorbereitung für ein in den letzten Jahren auf dem Hügel nicht gespieltes Werk Richard Wagners erfolgt.

Max Daxio †. In München ist der Bildhauer und Professor Max Daxio im Alter von 66 Jahren einem Herzschlage erlegen.

Der Krieg im Fernen Osten

Die Wufung-Forts von den Japanern eingenommen

WTS. Schanghai, 6. Febr. (Tel.). Die Japaner haben die Wufung-Forts eingenommen. Die Einnahme erfolgte durch die erst kürzlich gelandete japanische Brigade, die 3000 Mann zählt, und 800 japanische Marinesoldaten. Die Besetzung der Forts wurde so schnell durchgeführt, daß die Schifffahrt durch die militärischen Operationen nicht gestört wurde. Japan informierte die Vereinigten Staaten, daß es beabsichtigt, 10 000 Mann Landtruppen nach Schanghai zu beordern. Nach einer Meldung der Agentur Indo-Pacifique haben japanische Kriegsschiffe und Flugzeuge die Forts von Wufung vollständig in die Luft zertrümmert. Mehrere Bomben sind in die internationale Niederlassung gefallen, wobei verschiedene Personen verletzt wurden.

WTS. Schanghai, 6. Februar. (Tel.) Die Chinesen vermochten gegen Ende des gestrigen Tages ihre alten Stellungen wieder zu besetzen. Der Kampf geht, wenn auch weniger heftig, in der Nacht weiter. Der japanische Admiral Chiegtawa (der nicht, wie irrtümlich verlautete, Saratani genannt hat), gab zu, daß die japanische Offensive gegen Schanghai heute gescheitert ist.

Keine Boykott-Drohung gegen Japan

WTS. Washington, 6. Febr. (Neuter.) (Tel.) Das Staatsdepartement stellt entschieden in Abrede, daß die Vereinigten Staaten und andere Mächte unter Androhung eines Boykotts der japanischen Waren die Zurückziehung der japanischen Kräfte aus China bis zum 11. Februar gefordert hätten.

Die Durchführungs- der Notverordnung

Der Umbau der Umsatzsteuer

Am 15. Februar treten drei Änderungen auf dem Gebiete der Umsatzsteuer in Kraft. Zunächst wird von diesem Tage ab die Ausgleichsteuer auf das Einbringen von Gegenständen in das Inland erhoben, soweit die Gegenstände nicht auf einer neu aufgestellten Freiliste 1 aufgeführt sind. Bei der Ausstellung der Freiliste 1 war maßgebend, daß zum mindesten geschlossene Warengruppen aufgenommen wurden, die für die deutsche Wirtschaft unbedingt erforderliche Roh- und Hilfsstoffe darstellen. Vom 15. Februar 1932 ab gilt das Umsatzsteuer-gesetz nicht mehr in den Zollanschlussorten sowie in den Freizeiten Stettin und Altona. Daher sind künftig Lieferungen von Inländern in diese Gebiete, z. B. in die Freihäfen Hamburg oder Bremen, wie Lieferungen in das Ausland steuerfrei.

Vom 15. Februar 1932 ab wird die Ausgleichsteuer, wenn in das Inland eingebrachte Gegenstände wieder ausgeführt werden, im Rahmen der Ausfuhrhändlervergütung mitbezahlt.

Maßnahmen zum Schutze der Forstwirtschaft

Die Reichsregierung hat im Einvernehmen mit dem Reichsforstwirtschaftsrat am 5. Februar 1932 auf Grund der Vollermächtigung vom 1. Dezember v. J. eine Erhöhung der Bäume für Hartholz und Erzeugnisse aus Hartholz beschlossen. Die bisher geltenden Zollsätze werden im allgemeinen verdoppelt. Die Zollhebung erfolgt, weil die Lage der Forstwirtschaft sich in den letzten zwei Jahren, namentlich aber in den letzten zwei Monaten in verhängnisvoller Weise verschlechtert hat. Die Holzpreise liegen heute bei wichtigen Sortimenten um 50 Prozent und mehr unter denen des Jahres 1928 und 20 bis 50 Prozent unter denen des Jahres 1912. Die Bruttoeinnahmen des Waldbesitzes bleiben fast durchweg erheblich hinter den Gesteuerungskosten zurück. Diese Verhältnisse treffen nicht nur den privaten Waldbesitz. Sie vermindern vielmehr auch den Fortbestand der Länder und Kommunen, die für diese bisher eine wesentliche, zum Teil sogar entscheidende Einnahmequelle war, in einen Zuschußbetrieb und beeinträchtigen somit die Lage der öffentlichen Finanzen in erheblichem Maße.

Im einzelnen handelt es sich bei den Zollhöchungen u. a. um die Positionen für hartes Buchholz, hartes beschlagenes Holz, hartes Schnittholz, Eisenbahnschwellen, Holz zur Wagen- und Schiffabfabrikation und Fabrikate aus diesem Rohmaterial.

Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß diese Maßnahmen nur einen ersten Schritt bei der Bekämpfung der Unrentabilität der Forstwirtschaft darstellen können.

Die landwirtschaftliche Einheitssteuer. Behauptungen, die Einführung der landwirtschaftlichen Einheitssteuer solle erst später in Kraft treten, werden von zuständiger Berliner Stelle als unzutreffend bezeichnet. Tatsächlich ist die landwirtschaftliche Einheitssteuer schon mit dem Beginn des Wirtschaftsjahres 1931 in Kraft getreten. Offenbar handelt es sich um Verwechslungen mit dem Inkrafttreten der Rahmenbestimmungen für die Grund- und Gewerbesteuer.

Kleine Chronik

Der Freitag hat Schiefen zum erstenmal in diesem Winter strengen Frost gebracht. Die Temperaturen liegen in Schlesien unter -15 Grad. Die Schneehöhe meldet -19 Grad.

Mehrere junge Burchen unter 20 Jahren hatten sich in Gänzburg (Schwaben) zu einer Bande zusammengeschlossen, sich außerhalb der Stadt einen drei Meter tiefen Unterstand gegraben und ein Räuberleben begonnen. Ein Zimmermannslehrling, der von der Bande zu einem Einbruch verführt worden war, machte seinem Leben durch Erhängen ein Ende.

In dem Essener Prozeß wegen Erschießung des Nat.-Sozialisten Felgendreher durch Kommunisten wurden vier Angeklagte zu 8 Jahren 3 Monaten bis 10 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und fünf Angeklagte zu Gefängnisstrafen von 5 Monaten bis 3 Jahren verurteilt. Der Staatsanwalt hatte die Anträge auf Todesstrafe gestellt.

In dem Verfahren gegen die beiden Direktoren Jaussen und Thode der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Zentralbank für Grundbesitz, Handwerk und Handel e. G. m. b. H. in Kiel sind jetzt Haftbefehle wegen Untreue, verübten Betruges und Vergehens gegen das Genossenschaftsgesetz erlassen worden.

Bei einem schweren Schanzenfeuer in Friedland (Mecklenburg) verbrannten in der vergangenen Nacht auf dem Gut Ramelo über 600 Schafe und 150 Schweine. Man vermutet Brandstiftung.

Der belgische Dampfer „Jean Jodot“ teilte durch Funk-spruch mit, daß er 365 Meilen östlich von Halifax mit einem Fischereischoner aus Boston zusammengestoßen sei. Der Fischereischoner sei untergegangen. Von seiner Besatzung hätten sechs Mitglieder gerettet werden können; 21 würden ver-mißt.

Prinz Karneval im Badischen Landestheater

Das neue Fastnachts-Kabarett

Das graue Einreiß des Spielplans wird wieder einmal durch den originellen und farnevalsgeraden Einfall des Intendanten unterbrochen, in diesen närrischen Tagen Prinz Karneval in die teuren Theaterhallen einziehen zu lassen. Wiederum verrät das diesjährige Fastnachts-Kabarett in der Zusammenstellung und Aufmachung von 17 Nummern, die zwar nicht mit Sekundenschnelle, aber doch in angenehmer Minutenlänge aufeinander folgen, viel Spürsinn und Wit, obwohl es heuer sicherlich keineswegs leicht war, der erstrebten Lustigkeit Genüge zu tun. Man darf sie ja nicht einmal gut-gläubig (wie sonst) bei Ausführenden und Besuchern voraussetzen, weil beide doch kaum bei so vielen Zeiläufen zu richtiger Spafsnachfolge aufgelegt sind. Mut und Geschicklichkeit indessen von Seiten der Regie, andererseits jedoch auch das Bedürfnis des Publikums, wenigstens für einige Stunden seine Sorgen los zu werden, spülen rasch etwaige Hemmnisse weg und schaffen, begünstigt von einer magisch rot hervor-quellenden Lichtflut, jene lebensfrohe Atmosphäre, die eben der Fasching mit allem drum und dran unbedingt braucht.

Ein lotharischer Stimmungsanreger ist gleich der Straußsche Einzugsmarsch, von Chor, Tänzerinnen und Orchester schmissig unter Josef Kreislichem Szepter exekutiert, und wenn darauf verschiedene Male die hübschen Ballettgirls in reizenden Kostümen herein- und hinauswirbeln, dann ist von der Bühne herab schon der Grad von Heiterkeit beinahe erreicht, den der conference-gewandte Felix Baumbach den Gästen des Hauses gewünscht und mit untrüglichem Optimismus vorausgesagt hat. Und das Barometer steigt noch höher, sobald in flottem Aufspiel Kelly Rademacher, Hermann Brand und Alfons Aebble den munteren Stetisch „Wer wird's?“ erledigen oder Paul Müller und Eugen Söder mit der Kettflage „Kauf 1-11“ die Hörer ins Schlepptau des Humors nehmen. Nach einer netten, musikalisch illustrierten Cheitlandsplauderei „Durchs Schließelloch“ wird ein Höhepunkt des Amüsaments mit dem vorläufigen Schlussspiel erreicht, bei dem sich Hermann

Die süddeutschen Wasserstraßen

Der Stand der Rheinregulierungsarbeiten

Der vom Verein für die Schifffahrt auf dem Oberrhein dieser Tage in Basel veranstaltete und von Oberbaurat Spieß von der Oberdirektion für Wasser- und Straßenbau Karlsruhe geleitete Lichtbildervortrag in der Muffermesse in Basel über die begonnene Rheinregulierung erfreute sich eines sehr guten Besuchs; eine ganze Reihe von schweizerischen und oberbayerischen Behörden waren zugegen. In der Tat begegnet die Rheinregulierung Straßburg/Neckar-Stein steigendem Interesse, da man den Wert der Schiffarmachung des Oberrheins immer mehr schätzen gelernt hat.

Bis zum Jahre 1936 wird die Schifffahrt schon bald keine Schwierigkeiten mehr haben und, wenn die Kehler Brücken gehoben sind, wird ab 1941 das ganze Jahr die volle Schifffahrt auf dem Oberrhein möglich sein. Das Wesen der Tullaschen Korrektion war die Hoch- und Mittelwasserkorrektion; jetzt erfolgt der Einbau eines Wasserbettes von mindestens 75 Meter Breite und durchschnittlich 2 Meter Tiefe, so daß die Schiffe fast voll beladen werden können. Auch die Strömungsgeschwindigkeiten werden sich viel bessern und in extremen Fällen (Hochwasser usw.) mindestens sich gegenüber früheren Zuständen oder anderen Flüssen gegenüber nicht verschlechtern. An Hand zahlreicher Lichtbilder zeigte Oberbaurat Spieß, der technische Leiter der Regulierungsarbeiten, die Details und Schwierigkeiten der verschiedenartigen Arbeiten, bei denen glücklicherweise die Personen- und Handarbeit gegenüber der Maschinenarbeit bevorzugt und auch rentabler ist, so daß heute schon auf dem Rhein allein gegen 2000 Personen beschäftigt sind, dazu noch eine größere Anzahl Holz- und Steinhauer, Transportarbeiter, Führer usw., trotzdem man sich erst im Beginn der Arbeit befindet. (Erst 38 Kilometer sind in Arbeit.) Die bisherigen Ergebnisse sind sehr zur Zufriedenheit ausgefallen, so daß der Enderfolg große volkswirtschaftliche und internationale Vorteile bringen wird.

Präsident Joerin vom Schifffahrtsverein dankte unter großem Beifall dem Redner für seine wertvollen aufklärenden Ausführungen.

Neues vom Neckarkanal

Der Stand der Arbeiten

Der Vorstand und große Ausschuss des Süddeutschen Kanalvereins tagte kürzlich in Anwesenheit des württembergischen Staatspräsidenten Dr. Holz und des badischen Innenministers Maier in Stuttgart. Der Vorsitzende, Geheimrat Dr. Brudmann, führte in seinen Begrüßungsworten aus, daß mit allen Mitteln dafür gesorgt werden müsse, daß die Arbeiten am Neckarkanal nicht zu sehr eingeschränkt, sondern wie bisher in einem Tempo weitergeführt werden, das sich auch wirtschaftlich verantworten läßt. Er wies darauf hin, daß der Kanalverein jetzt seit 16 Jahren bestrebt und daß man beim Rückblick auf den Anfang und die Gründung des Vereins sagen könne: Wir haben damals nicht geglaubt, daß wir trotz des Krieges, trotz der Inflation und der späteren schweren Folgen dieser Ereignisse soweit kommen werden, wie es heute tatsächlich der Fall ist.

Ministerialrat Dr. Pirich, Vorstandsmitglied der Neckar-AG, gab sodann einen Bericht über den Stand der Arbeiten am Neckarkanal. Die für die Ausführung zunächst vorgesehene Strecke von Mannheim bis Bismarck hat eine Länge von rund 200 Kilometern. Davon ist auf der Strecke Mannheim-Heilbronn die Hälfte fertig und ungefähr ein Viertel im Bau. Oberhalb Heilbronn ist, soweit es die Wasserstraßenführung betrifft, ein volles Drittel ausgehoben. Von den insgesamt 26 Staustufen sind 12 mit 10 Kraftwerken, in denen bereits über 175 Mill. Kilowattstunden im Jahre erzeugt werden, in Betrieb.

Was die Finanzierung des Weiterbaus anbetrifft, so stehen für die beiden zur Zeit im Bau begriffenen Staustufen Pirichshorn und Rodenau Restmittel aus der im Jahre 1930 zu sehr günstigen Bedingungen aufgenommenen langfristigen Auslandsanleihe zur Verfügung. Diese beiden Staustufen, sowie der erste Teilausbau des Kanalabschnitts bei Heilbronn werden noch in diesem Jahre fertiggestellt. Für die Finanzplanung der letzten drei unterhalb von Heilbronn liegenden Staustufen stehen zur Zeit Finanzverhandlungen, die, wenn sie zum Abschluß kommen, ermöglichen, daß der Neckarkanal auf der Strecke Mannheim-Heilbronn bis zum Jahre 1936/37, wie vorgesehen, voll ausgebaut dem Betrieb übergeben werden kann. Der Redner wies besonders eindringlich auf die Tatsache hin, daß die Kanalregulierung von Flüssen, namentlich dann, wenn sie Hand in Hand geht mit der Erstellung von Kraftwerken, eines der besten und auf lange Sicht hinaus eines der produktivsten Mittel ist, der Arbeitslosigkeit zu steuern. — Es folgten zwei Referate über

Landesplanung.

Bürgermeister Dr. Sigloch, Stuttgart, sprach über die württembergische Landes- oder Bezirksplanung. Sie soll nicht beschränkt werden auf die Stadt Stuttgart als Großstadtkörper, sondern die Landesplanung soll auch die Eigenart und Selbstständigkeit der übrigen im Landesplanungsbezirk liegenden Städte und Gemeinden erhalten und sie soll zur gemeinsamen Förderung der vorhandenen Wirtschaftskräfte dienen. Er empfiehlt die Einsetzung eines Ausschusses, der beim Kanalverein als einer die gesamten Interessen umfassenden Körperschaft gebildet werden soll. Oberbaurat Dr. Schyried, Heilbronn, berichtete sodann über die bis jetzt im Heilbronner Bezirk geleistete Arbeit: Es handelt sich heute nicht mehr um eine Verkehrsplanung, sondern vielmehr um eine Landeswirtschaftsplanung, innerhalb der dem Verkehr ja nur eine Teilaufgabe zufällt. Aufgabe einer planmäßigen Wirtschaft muß sein, die weitere Verkehrsentwicklung in Bahnen zu lenken, die bei aller Gegenwärtigkeit der Ausgangspunkte um möglichste Einschränkung, Vereinheitlichung und Zusammenarbeit zu größter rationaler Verkehrsbedeutung nach einheitlichen Gesichtspunkten bemüht ist. Der Vorsitzende, Geheimrat Dr. Brudmann, unterbreitete der Versammlung im Anschluß an die beiden Referate den Vorschlag, beim Kanalverein einen Ausschuss für Landesplanung zu bilden, der einstimmig angenommen wurde.

Aber die Rhein-Regulierungsarbeiten und Hafenfrage berichtete Vordirektor Dr. Maier, Stuttgart. Die im Auftrag des Kanalvereins von neutralen Sachverständigen durchgeführten Untersuchungen nähern sich ihrem Abschluß.

Der vom Schatzmeister, Vordirektor Helbing, vorgelegte Bericht über die Finanzlage des Vereins ergab, daß auf Grund der rechtzeitig eingeleiteten Sparmaßnahmen damit zu rechnen ist, daß die für die süddeutsche Wirtschaft so bedeutsame Arbeit des Vereins in bisheriger Weise fortgeführt werden kann. Die Wahl der Vorstände ergab einstimmige Wiederwahl, und zwar als 1. Vorsitzenden Geheimrat Dr. Brudmann, 1. Stellvertreter Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager, 2. Stellvertreter Fabrikant Sand, Heilbronn, 2. Vorsitzender Rechtsanwalt Lindet, Mannheim, Stellvertreter Geheimrat Dr. Treuttsch, Ludwigschafen, Schatzmeister Vordirektor

Helbing. Als Schriftführer wurde der Geschäftsführer des Vereins, Gustaf Stos, neu zugewählt.

Als Ort der diesjährigen Tagung wurde Mannheim bestimmt, wo gleichzeitig die Tagung des Zentralvereins für deutsche Binnenschifffahrt stattfindet. Als Abschluß ist eine gemeinsame Vereisung der Redaktionsstelle von Rodenau bis Heidelberg geplant, um die Tagungsteilnehmer mit den großen Fortschritten der Redaktionsalisierung bekanntzumachen.

Die Großschiffahrtsstraße

Rhein-Main-Donau

Der Stand der Arbeiten

Oberregierungsrat Hefelberger, München, veröffentlicht in der Sondernummer der „Bayerischen Industrie- und Handelszeitung“ (München 2 C) nachfolgende Mitteilungen:

Die große Wirtschaftskrise geht auch an den Arbeiten für den Ausbau der Großschiffahrtsstraße nicht spurlos vorüber. Das Deutsche Reich und das Land Bayern, welche zur Zeit mit Darlehensmitteln diese Bauten finanzieren, leiden unter der allgemeinen Geldknappheit und sind nur mit Mühe imstande, wenigstens die im Laufe befindlichen Arbeiten weiterzuführen. Und doch wäre gerade der Bau dieses Großschiffahrtsweges in ganz besonderer Maße geeignet, der zur Zeit herrschenden und immer wachsenden Arbeitslosigkeit zu steuern; denn die Eigenart dieser Arbeiten bringt es mit sich, daß durch sie z. B. ziemlich alle Zweige der Industrie und des Gewerbes beschäftigt werden können.

Bekanntlich setzt sich der Bau des Großschiffahrtsweges Rhein-Main-Donau aus drei Hauptteilen zusammen:

1. Ausbau der Main-Wasserstraße (Mainkanalisierung),
2. Ausbau der Donau (Niederwasserregulierung und Hochwasserregulierung),
3. Verbindungskanal zwischen Main und Donau.

Abgesehen von der isoliert stehenden Staustufe Biereth bei Bamberg, welche als Ersatz für das in Verfall gekommene Bismarckwehr vorzeitig gebaut und bereits 1925 in Betrieb genommen wurde, sowie dem Bau der Unteren Mainmühle bei Würzburg, welche ursprünglich den Baufortschritt für die Mainkanalisierung liefern sollte, ist zur Zeit nur der Ausbau der beiden vorhandenen Wasserstraßen, Main und Donau, in Angriff genommen.

An der Donau zwischen Regensburg und Passau, wo infolge ungünstiger Sohlenverhältnisse in Verbindung mit lokalen Geschiebeablagerungen teilweise bei Niedrigwasser Tiefen von 1,10 Meter und darunter vorhanden waren, sind die Verhältnisse in der Zeit von 1920 bis heute so weit verbessert worden, daß eine Tiefe von 1,60 Meter vorhanden ist. Angestrebt wird eine durchgehende Mindesttiefe von 2 Meter bei niedrigstem schiffbaren Wasserstand, und zwar durch die „Niederwasserregulierung“. Diese stellt in der Hauptsache ein System von Wehren und Grundschwelen dar, welche die Wirkung haben, daß sie, in Verbindung mit Baggerungen, das vorhandene Wasser in ökonomischer Weise zusammenfassen und dadurch eine gleichmäßige, ausreichende Tiefe schaffen. Dieses System ist mit vollem Erfolg bereits an anderen Flüssen, so z. B. am Rhein zwischen Straßburg und Sondernheim, angewandt worden. Ausgeführt sind lediglich einige Teilstrecken, bei welchen die Verhältnisse besonders ungünstig waren; zur Zeit ruhen die Arbeiten nahezu vollständig, weil die vorhandenen Mittel einen großzügigen Ausbau nicht gestatten.

In der Donaustraße zwischen Bismarck und Passau, dem sogenannten „Kadler“, konnte dieses System der Niederwasserregulierung nicht angewendet werden, weil die felsige Sohle die Anlage von Wehren und die notwendige Umwidmung der Sohle nicht gestattet. Die Verbesserung erfolgte hier in der Weise, daß die ganze Strecke durch ein bei Weining errichtetes Stauwerk, die „Kadlerstufe“, vollkommen überbaut wurde. Die Verbesserung der Schiffsverhältnisse ist hier eine vollkommene; denn an Stelle des durch Untiefe, reichende Strömungen und felsigen gefährlichen Flusses ist ein strömungsarmes, tiefes Wasserbetten getreten. Die Staustufe selbst überwindet die Schifffahrt mit Hilfe einer doppelten Kammerstufe von 2 x 24 Meter Breite und 230 Meter Länge. Der Aufbau des Wehres, der bei Niedrigwasser zirka 9 Meter beträgt, wird durch ein Doppelschleusenwehr nach der Konstruktion der Maschinenfabrik Augsburg-Münchener erzielt, welches eine besonders leichte Regulierung des Wasserstandes ermöglicht. Die Ausnutzung der Wasserkraft an der Gefällestufe erfolgt in einem zwischen Schleuse und Wehr eingebauten Kraftwerk, und zwar in 8 Maschinensätzen, welche zusammen eine Durchschnittsleistung von 42 000 Pferdestärken und eine Höchstleistung von 64 000 Pferdestärken erzielen. Die ganze Anlage ist seit Ende 1927 in Betrieb und hat unter anderem auch den sehr schweren Winter 1928/29 gut überstanden.

Zur Zeit liegt das Schwergewicht der Arbeiten in der Mainkanalisierung zwischen Aschaffenburg und Würzburg. Die Wasserstraße des Mainflusses geht bei niedrigen Wasserständen bis unter 1 Meter zurück. Um die für das 1500-Tonnen-Schiff erforderliche Mindestwassertiefe von 2,50 Meter zu erreichen, wird in den Main — wie es unterhalb Aschaffenburg bis zur Mündung bereits der Fall ist — eine durchlaufende Kette von Stauwerken eingelegt, und auf diese Weise entsteht eine Staudeckelung, in welcher jeweils ausreichende Tiefe vorhanden ist. Dreizehn solcher Staustufen sind in der Strecke Aschaffenburg-Würzburg vorgesehen, von diesen sind die drei untersten, nämlich Obernau, Kleinwallstadt und Klingenberg, bereits seit über Jahresfrist vollendet und in Betrieb, eine weitere (Kleinheubach) ist der Vollendung nahe, und zwei weitere (Freudenberg und Erlabrunn) stehen im ersten Drittel ihres Baustadiums. Die konstruktive Gestaltung dieser dreizehn Staustufen ist infolgedessen bis zu einem gewissen Grade einheitlich, als bei jeder derselben auf der einen Seite des im Fluß errichteten Stauwehres eine 300 Meter lange Schleppzugkammer von 12 Meter Breite, auf der anderen Seite ein Kraftwerk von 4000—6000 Pferdestärken Leistung errichtet werden. Die verhältnismäßig große Länge der Schleusenkammer von 300 Meter ist durch die Länge der auf dem Untermain jetzt schon verkehrenden Schleppzüge und dadurch begründet, daß auf dem Main zu gewissen Zeiten eine sehr rege Flößfahrt im Gange ist, welche ebenfalls auf die Benützung der Schleusen angewiesen ist. Bei den drei bereits in Betrieb befindlichen Schleusen Obernau, Kleinwallstadt und Klingenberg hat sich der Verkehr bisher reibungslos abgewickelt, ebenso auch der Betrieb der Kraftwerke, welche die aus der Wasserkraft gewonnene Energie an das Bayernnetz für Zwecke der Landes-Elektrizitätsversorgung abgeben. Als Vorläufer für die Stauwerke sind teils verfertigte Walzen gemäß worden, wie solche zum erstenmal bei der Staustufe Biereth zur Verwendung gelangt sind, teils auch jetzt aufstehende Walzen und Schützen mit beweglicher Regulierklappe

Welch außergewöhnlich großen Wert diese Arbeiten für die Mainkanalisierung für den allgemeinen Arbeitsmarkt haben, kann man dann beurteilen, wenn man sich vor Augen hält, welche Arbeiten bei einer einzelnen Staustufe anfallen. Bei jeder der 13 Mainstufen zwischen Aschaffenburg und Würzburg fallen durchschnittlich folgende Arbeiten an: 170 000 Kubikmeter Erdbewegung, 8000 Kubikmeter Felsarbeiten, 275 000 Kubikmeter Nahbaggerung, 62 000 Kubikmeter Beton, 3000 Kubikmeter Eisenbeton, 330 000 Kilogramm Rundstahl, 50 000 Kilogramm Profilleisen und 40 000 Kubikmeter Bruchsteine.

Hierzu kommen die verhältnismäßig sehr bedeutenden und umfangreichen Eisenkonstruktionen und Verschleiß für das Wehr und die Schleusenammern, die Betriebsvorrichtungen für die Bewegung derselben nebst den elektrischen Einrichtungen hierzu, ferner die Lieferung der großen Propellerturbinen nebst den Generatoren für die Erzeugung elektrischer Kraft, Transformatoren samt Schalttafelanlage, Regulierschützen, Rechenanlagen, Laufkräne, die Hochbauten des Kraftwerkes, des Schleusenmeistergehöftes und des Werkwohnhauses, ferner eine große Menge von Baumaterialien, wie Zement- und Eisenrohren, Anstrichmittel, Holz, Steine, Kies und Sand, Maschinen und Geräte nebst den Betriebsmitteln hierfür usw. Die Geldmittel, welche für diese Bauten aufgebracht werden, setzen sich zum weitaus größten Teil in Löhne um, und zwar nicht nur in Löhne auf der Baustelle, sondern auch in Löhne der verschiedensten Industrien und des Gewerbes der näheren und weiteren Umgebung. Die Schaffung von Arbeitsgelegenheit in dieser Form würde also eine stark fühlbare Entspannung des Erwerbslosenproblems bedeuten. Tatsächlich wird auch die Staustufe Erlabrunn bei Würzburg, deren Bau im Frühjahr in Angriff genommen wurde, zum überwiegendsten Teil aus Mitteln der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten gefördert.

Badischer Teil

Bleibt das Hauptverwaltungsamt in Karlsruhe?

Wie der „Badische Beobachter“ erfährt, ist im Reichsarbeitsministerium eine Entscheidung über die Frage der Beibehaltung oder Auflösung des Hauptverwaltungsamtes Karlsruhe noch nicht gefallen. Wie mitgeteilt wird, ist auch für die nächsten Tage noch nicht mit einem endgültigen Beschluß zu rechnen, da der Reichsarbeitsminister im Hinblick auf die politischen Schwierigkeiten und Widerstände, die sich in dieser Angelegenheit gezeigt haben, das Kabinett an der Entscheidung zu beteiligen wünscht.

Verband badischer Gemeinden

Der Vorstand des Verbandes badischer Gemeinden will erneut eine wesentliche Ermäßigung der Verpflegungssätze der Heil- und Pflegeanstalten sowie der Bewah- und Erziehungsanstalten beantragen. Nachdem die bisherigen Vorstellungen bei der Regierung wegen Ermäßigung des Halbwirtschaftsbeitrages der Gemeinden zu keinem Erfolg geführt haben, soll dem Badischen Landtag eine entsprechende Vorlage gemacht werden. Im Hinblick auf die Notlage der Landwirtschaft will man die Regierung wiederholt um die Genehmigung zur Abgabe von Laubfrucht an die Landwirte eruchen. Ein weiterer Wunsch der Gemeinden geht dahin, im Wahl- und Vollstreckungsverfahren über die privatrechtlichen Forderungen der Gemeinden den früheren Zustand herbeizuführen, wonach das Gemeindegewicht in diesen Sachen selbst entscheiden konnte. Heute müssen alle Zahlungs- und Vollstreckungsbefehle über privatrechtliche Forderungen der Gemeinden vom Amtsgericht erlassen werden, wodurch den Gemeinden und Schuldnern große Kosten entstehen. Die vom Badenwert beschlossene Ermäßigung der Strompreise trägt nach Ansicht der Gemeinden den Verhältnissen nicht genügend Rechnung. Die Regierung soll erlucht werden, auch auf die übrigen Stromlieferungsfirmen wegen einer ausreichenden Strompreislenkung einzumwirken.

Mit Befriedigung wurde davon Kenntnis genommen, daß von den befürchteten schematischen Vereinigung von Gemeinden und einer ebenjohlichen Zusammenlegung von Grundbuchämtern abgesehen werden soll.

Die badischen Gemeinden lehnen die Einführung von Gebäuden in der Gebäudeversicherung mit dem Hinweis ab, daß damit lediglich eine starke Vergrößerung und Vertiefung des Verwaltungsapparates und als unausbleibliche Folge davon eine Erhöhung der von allen Gebäudeeigentümern zu tragenden Lasten verbunden wäre. Wenn der da und dort auftretenden Brandstiftung wirksam Einhalt geboten werden sollte, dann sei vor allem eine rücksichtslose Bekämpfung der Brandstifter mit langjährigen Zuchthausstrafen erforderlich; keinesfalls aber sei eine Sonderbelastung der Gemeinden, in denen die Brände entstanden sind, oder eine allgemeine Abkürzung der Umlage gerechtfertigt. Der Verbandsvorstand steht auf dem Standpunkt, daß das Verlassen des bisherigen Umlageverfahrens und der Übergang zum reinen Versicherungsprinzip auch die Befreiung der Monopolstellung der staatlichen Versicherungsanstalt zur Folge haben müßte.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Anteil)

	6. Februar		5. Februar	
	Geld	Reise	Geld	Reise
Amsterdam 100 G.	169.58	169.92	169.55	169.89
Kopenhagen 100 Kr.	79.92	80.08	80.12	80.28
Italien . . . 100 L.	21.98	22.02	21.84	21.88
London . . . 1 Pf.	14.51	14.55	14.52	14.56
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.57	16.61	16.56	16.60
Schweiz . . . 100 Fr.	82.10	82.26	82.09	82.25
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Karlsruher Hafenverkehr im Januar

Der Wasserstand des Oberrheins hat im Januar 1932 häufig gewechselt. Am Regel zu Maxau gemessen stand er am Anfang des Monats auf 355 Zentimeter, stieg unter Schwanungen bis auf 612 Zentimeter (am 10.) und fiel dann gleichfalls unter Schwanungen bis auf 367 Zentimeter am Ende des Monats.

Im Karlsruher Rheinhafen sind im Januar 90 Güterboote und Motorschiffe sowie 230 Schlepppläne angekommen und 91 Güterboote und Motorschiffe sowie 212 Schlepppläne abgegangen. Gegenüber dem Monat Dezember 1931 war der Verkehr von Güterbooten und Motorschiffen im Januar 1932 stärker, jener mit Schleppplänen in der Anzahl ungefähr gleichartig, dagegen im Abgang bedeutend schwächer. Am Per-

gleich zum Monat Januar 1931 war der Verkehr im Januar 1932 mit Güterbooten und Motorschiffen sowie mit ankommen- den Schleppflößen wesentlich stärker, mit abgehenden Schlepp- flößen etwas schwächer.

Der Umschlagsverkehr im Karlsruher Rheinhafen war im Monat Januar 1932 rund 13 000 Tonnen stärker als im De- zember 1931, dagegen rund 2500 Tonnen schwächer als im Ja- nuar 1931, was auf eine geringere Zufuhr von Brennstoffen zurückzuführen ist. Der Rückgang der Brennstoffzufuhr dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die Deutsche Reichsbahn mit Wirkung vom 16. Dezember 1931 die Frachttarife für die deut- sche Streckenbahn, nicht aber die für die deutsche Umschlags- bahn gesenkt hat.

Vollversammlung der Handelskammer Mannheim. Am Dienstag fand in Mannheim eine Vollversammlung der Han- delskammer statt. Präsident Dr. Renel gab einen Überblick über die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage im abgela- fenen Jahr. Im Interesse der Aufrechterhaltung des deut- schen Exports und damit ganz wesentlicher Teile der deut- schen Wirtschaft überhaupt könne vor Autarkiebestrebungen nicht nachdrücklich genug gewarnt werden. Die gesamte Wirt- schaft sei mit der Regierung einig in dem Bestreben der Auf- rechterhaltung der deutschen Währung. Dr. Stibenbrand be- richtete über die Errichtung einer „Badisch-Bfälzischen Zu- lassungs- und Prüfungsstelle für öffentlich bestellte Wirt- schaftsprüfer“. Über den Regierungsentwurf einer Verord- nung über das Zugabewesen referierte Vizepräsident Roth- schütz. Die Versammlung beschloß, zu dem Entwurf in dem Sinne eines ausnahmslosen geschlichen Zugabewebes Stel- lung zu nehmen. Über die Forderungen des Brauerverbes zur Reichsbiersteuer erstattete Direktor Bohmann in län- gerer Ausführungen Bericht. Die Versammlung beschloß, un- ter Hinweis auf die besondere Lage des Brauerverbes, die den Zusammenbruch zahlreicher Unternehmungen befürchten lasse, bei dem Reichsfinanzministerium dringend auf eine raschmögliche Ermäßigung der Biersteuer hinzuwirken.

Die Strelwerke GmbH. in Schweden beteiligt. Unter Be- teiligung der Strelwerke GmbH., Mannheim, Kesselfabrik für Zentralheizungen, wurde in Schweden die Aktiengesell- schaft Fendo gegründet mit dem Zweck, den Bedarf von Kes- seln für Zentralheizungen in Schweden im Lande selbst zu decken.

Der Basler Rheinhafenverkehr im Januar. Das neue Jahr begann im Rheinhafenverkehr verheißungsvoll. Im ganzen wurden 98 296 Tonnen Güter umgeschlagen, gegenüber 44 084 Tonnen im ersten Monat des Vorjahres. Von dieser Summe entfielen 1727 Tonnen auf den Rheinverkehr und 91 569 Ton- nen auf den Kanal. Im ganzen kamen 404 Kähne in Basel an, von denen 76 beladen und 307 leer den Hafen verließen.

Aus der Landeshauptstadt Der Volkstrauertag

Auch in diesem Jahr wird der Volkstrauertag am Sonntag Reminiscere, 21. Februar, unter Führung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, begangen werden. Das Badische Staatsministerium hat Halbmonatsflaggen der Staatsgebäude verfügt. Die gleiche Anordnung haben die städtischen Behörden getroffen. Die Bevölkerung wird ge- beten, sich auch ihrerseits hieran beteiligen zu wollen.

Auf Verfügung des Ministers des Kultus und Unterrichts werden in den Schulen die Schüler und Schülerinnen in der letzten Schulstunde des Vortages auf die Bedeutung des Volkstrauertages hingewiesen. Die obersten Kirchenbehörden haben veranlaßt, daß in den Hauptgottesdiensten der Opfer des Weltkrieges gedacht wird. Ein Teil der Kollekte wird dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zur Pflege der Kriegsgräber im Ausland überwiesen werden. In der Mit- tagsstunde werden die Gloden eine Viertelstunde zum Ge- dächtnis der Gefallenen ertönen. Die Ortsgruppe Karlsruhe wird nach Einleitung des Tages durch Sosaunehöre, welche der Christliche Verein junger Männer und der Jugendbund für entschiedenes Christentum vom Rathaus- und dem Turm der Evangelischen Stadtkirche, ebenso wie der Evangelische Männer- und Jünglingsverein Rüppurr von der dortigen Kirche blasen werden, durch ihren Vorstand am Denkmal auf dem Ehrenfriedhof einen Kranz zum Gedächtnis der Krie- ger und Fliegeropfer niederlegen lassen.

Mittags 12 Uhr findet eine allgemeine Gedenkfeier im großen Saal der Festhalle, dessen Ausschmückung auch in die- sem Jahr in dankenswerter Weise die Stadt wieder über- nommen hat, bei freiem Eintritt statt, zu der die Ortsgruppe Karlsruhe des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge jedermann herzlich einladet. Die Ansprache hat Professor Dr. Mittelstraß übernommen. Außerdem werden mitwirken: Herr Hugo Ernst Rahner (Orgel), das Orchester des Landes-

theaters unter Leitung des Generalmusikdirektors Krips und die Karlsruher Liedertafel, unter Leitung von Studienrat Hugo Rahner. Programme werden in der Festhalle zum Preis von 20 Pf. zu haben sein. Auch werden dort frei- willige Gaben für die Kriegsgräberfürsorge gern entgegen- genommen. Besondere Einladungen ergehen nicht. Die Teil- nehmer werden gebeten, in der Bedeutung des Tages ent- sprechender Kleidung zu erscheinen. Für schwer Kriegsbe- schädigte und ältere Hinterbliebene werden bis 11 1/2 Uhr Sitzplätze in den vorderen Reihen freigehalten, wo auch Plätze für Vertreter von Behörden sichergestellt sind. Saalöffnung 10 1/2 Uhr.

Einspruch gegen weitere Verschleppung des Magauer Brük- lenbaus. Die Handelskammer Karlsruhe hat sich in ihrer letzten Sitzung in scharfer Weise gegen die weitere Verschlep- pung des Magauer Brückenbaus ausgesprochen. Der Präsident der Kammer, Konrad Nicolai, stellte fest, daß die Inangriff- nahme der Arbeiten zum Bau dieser Rheinbrücke immer noch auf sich warten lasse, obwohl die Klagen der Schifffahrt selbst über ihre Störung durch die Schiffbrücke nicht aufhören. Er- neut wurde mit allem Nachdruck die Forderung erhoben, daß nun endlich die Bauarbeiten in Angriff genommen werden müßten. Die Handelskammer hat bei der badischen Regie- rung beantragt, sie möge sich in Berlin dafür einsetzen, daß die der Kammer zustehenden Mittel aus der Beihilfe für un- terzüglichen Beginn des Rampenbaues zur Verfügung ge- stellt werden.

Die Gewerbesteuer warnt. Da die Kontrollen der Ge- schäfte über Preisansätze eine größere Zahl zum Teil er- heblicher Beanstandungen ergaben, wird darauf hingewiesen, daß gegen Gewerbetreibende, welche die vorgeschriebenen Preis- verzeichnisse überhaupt nicht aushängen oder nicht richtig ausgefüllt haben, unmissverständlich vorgegangen wird. Ein Dur- sach wurde gegen einen Innungsoberrichter eingeschritten, weil er fünf Berufscollegen zu überreden versuchte, ihre nie- deren Preise auf den wesentlich höheren Innungspreis zu er- höhen. Auf die Folgen dieses Handelns aufmerksam gemacht, lehnten die betreffenden Gewerbetreibenden ihre Preise wieder auf den alten Stand zurück.

Achtung! Falscher Steuerbeamter! In den letzten Tagen erschien bei verschiedenen Personen hier ein Mann, der an- gab, er sei Steuerbeamter und müsse den restlichen Steuer- betrag erheben. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, ließen sich verschiedene Leute täuschen und händigten dem an- gegebenen Steuerbeamten Geldbeträge aus.

Bühler Ausstellung im Badischen Kunstverein, Karlsruhe (6. Febr. bis 3. März). H. E. Bülle hat kürzlich in seinem Buche über Hans Adolf Bühler, „Wesen und Wirken des Schülers, Freundes und Nachfolgers Hans Thomae“ mit sei- nem Einfühlen zum erstenmal umfassend gewürdigt. Nun bringt der Badische Kunstverein in seinen sämtlichen Räumen eine reich ausgestattete Ausstellung, die dem Karlsruher Pu- blikum mit ihren 80 Gemälden zum erstenmal einen über- blick über das gesamte Schaffen dieses tief aus dem Inneren gestaltenden alemannischen Meisters vermittelt, den man nicht zu Unrecht als den Maler der deutschen Seele bezeichnet hat und zeigt, wie sich seine schöpferische Eigenart in seinen Landschaften, Bildnissen und figürlichen Kompositionen viel- fältig offenbart. Die Ausstellung wurde schon im November im Freiburger Kunstverein gezeigt, bezeugte dort lebhaftem Interesse und hinterließ einen starken Eindruck. Über 5000 Besucher wurden gezählt, die zum Teil auch aus weiter Um- gebung, selbst von Basel her, erschienen und von Nichtmitglie- dern des Vereins wurden allein 2100 Eintrittskarten gelöst. Sie wanderte dann, zum größeren Teil, im Januar nach Mannheim, wo sie auch auf pfälzisch-fränkischem Boden bei Publikum und Presse beste Aufnahme fand. Um wesentliche, teilweise aus allerjüngster Zeit stammende Bestandteile ver- mehrt, wird sie nun hier eröffnet, wo sie sich als künstlerisches Ereignis und Erlebnis auswirken und ihre Anziehungskraft, wie zu erwarten steht, auch auf benachbarte Städte, wie Wa- den, Malsatt, Forzheim und Bruchsal, ausüben wird. Wie in Mannheim und Freiburg sind besondere Führungen in Aussicht genommen.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Samstagmorgen: Über Südschweden war gestern ein neuer Hochdruck durch atlantische Kaltluft aufgebaut worden, der sich inzwischen zu einem großen Hochdruckgebiet entwickelt hat. Damit ist die Hochdruckwetterlage, deren Auf- bau in den letzten Tagen zu Westmutter zu führen schien, er- neut wieder hergestellt. Schon nachts setzte Aufhellung ein, heute früh ist es bei uns überall wolkenlos. **Vorauslage:** Seiter, trocken, Nachfröste bei nordöstlichen Winden, Hoch- schwärzwald Alpenficht.

Wasserstände: Waldshut 184 unverändert, Schupferinsel 83 minus 3, Kehl 183 minus 1, Maxau 359 minus 2, Mann- heim 223 minus 3, Caub 162 minus 1.

Kurze Nachrichten aus Baden

OB. Mannheim, 5. Febr. In Mannheim haben sich bereits mehr als 10 000 Stimmberechtigte in die Listen für Hinden- burg eingetragen.

* **Sorrenbach** (Amt Adelsheim), 5. Febr. Ratsschreiber Karl Ried feiert am 6. Juni d. J. seine goldene Hochzeit. Er hat im Jahr 1882 den Gemeindevorstand übernommen. Im Jahre 1894 wurde er zum Ratsschreiber ernannt und ist heute noch vollständig im Gemeindevorstand und Grundbuchwesen tätig. Somit kann er 1932 auch sein 50jähriges Gemeindevorstand-Jubiläum begehen. Karl Ried ist wohl der älteste Gemeindevorstand in Baden. Er steht im 74. Lebensjahr und arbeitet zur größten Zufriedenheit seiner Vorgesetzten.

Hd. Kehl, 5. Febr. Im Zusammenhang mit den Kinzig- verteilungsarbeiten hat auch der Eisenbahnkörper der Linie Kehl-Appenweier eine teilweise Verlegung erfahren müssen. Die Arbeiten an dem neuen Bahndamm sind nach Fertigstel- lung der neuen Eisenbahnbrücke über das neue Kinzigbett so gefördert worden, daß der neue Bahndamm am Samstag seiner Zweckbestimmung übergeben werden kann. Seit einigen Tagen haben bauend Belastungsproben stattgefunden, die nur gute Ergebnisse brachten. Als erster Zug befährt der Gilzug 110 die neue Streckenführung. Damit ist ein weiterer Ab- schnitt der mit der Kinzigverlegung zusammenhängenden Ar- beiten zum Abschluß gelangt.

OB. Offenburg, 5. Febr. Das Schöffengericht Offenburg verurteilte den Obersteuerinspektor Gustav Kuffschub von Kehl wegen erschwerter Amtunterschlagung, Betrugs, mehr- facher Untreue, einfacher Unterschlagung und unrechtmäßiger Geschenkannahme zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 1 Jahr. Wegen die Milangeklagte Sekretärin Kapp wurde das Verfah- ren ausgesetzt, zwecks Prüfung, ob sie sich nicht einer Beihilfe zur Urkundenfälschung schuldig gemacht hat.

Staatsanzeiger Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums.

Ernannt: Die Justizpraktikanten Ludwig Herbst, Hans Kaller, Ernst Fuhs beim Amtsgericht Mannheim und Ernst Schmitt beim Amtsgericht Freiburg zu Justizobersekretären.

Verfetzt: Die Justizräte Otto Nehm in Trübingen nach Überlingen, Dr. Walter Himmelsbach in Adelsheim nach Trübingen, die Justizobersekretäre Albert Beck beim Amtsgericht Philipps- burg zum Amtsgericht Müllheim und Emil Gorch beim Amts- gericht Müllheim zum Amtsgericht Philippsburg.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 9. bis 14. Februar 1932.

Im Landestheater:
Dienstag, 9. Febr. Außer Miete. **Fasnacht-Kabarett.** 20 bis 23 (7.—).
Mittwoch, 10. Febr. * A 18 (Mittwochniete). **Th.-Gem. 1** bis 100. **Napoleon** oder **Die hundert Tage.** Drama von Gräbe. 19.30 bis nach 22 (4.20).
Donnerstag, 11. Febr. **Volksbühne:** **Februar-Vorstellung. Der Graue.** Schauspiel von Forster. 20 bis nach 22.30.
Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freige- halten.
Freitag, 12. Febr. * F 18. (Freitagmiete). **Th.-Gem. III. S.** Gr., 2. Hälfte und 1101 bis 1200. **Der Widerpenntige Römung.** Lustspiel von Shakespeare. 20 bis gegen 22.30 (4.20).
Samstag, 13. Febr. * E 17. **Th.-Gem. 301** bis 400. **Napoleon** oder **Die hundert Tage.** Drama von Gräbe. 20 bis nach 22.30 (4.20).
Sonntag, 14. Febr. Nachmittags: **Zu kleinen Preisen: Im weißen Hölzl.** Singpiel von Benachly. 15 bis 18 (4.20).
Abends: * C 16 **Th.-Gem. III. S.-Gr., 1. Hälfte** und 1201 bis 1300. **Stello.** Von Verdi. 20 bis 22.45 (6.30).
Im Städtischen Konzerthaus:
Sonntag, 14. Febr. * **Der Vetter aus Dingsda.** Operette von Künneke. 19.30 bis 22 (2.60).

Badische Kommunale Landesbank
— Girozentrale —
Öffentliche Bank- und Pfandbriefanstalt
— Mündelsicher —
Mannheim Karlsruhe Freiburg
Besorgung aller bankmäßigen Geschäfte
Ausgabe von Goldhypotheken - Pfandbriefen und Kommunal-Gold-Anleihen
L.346

Die Stelle eines Kaminfegermeisters für den Reichs- bezirk VII Pforzheim-Land ist neu zu besetzen. Der Reichsbezirk umfasst die Gemeinden Kieselbronn, Eisingen, Göbbrich, Wauschlott, Düren, Deschelbronn, Niefen, Eutingen und Stein.

Es wird ausdrücklich bemerkt, daß eine Neueinteilung der Bezirke im Gange ist und daß der Bezirk VII voraussichtlich nicht mehr in seinem bisherigen Umfang bestehen bleiben wird.

Bewerbungen sind innerhalb der Bewerbungsfrist von 4 Wochen, beginnend mit dem Tag des erstmaligen Erscheinens der Bekanntmachung in dieser Zeitung, unter Anschlag der vorgeschriebenen Belege beim Bezirks- amt Pforzheim schriftlich einzureichen.

Die Bewerbung muß die ausdrückliche Erklärung enthalten, daß der Bewerber mit der beabsichtigten Neueinteilung einverstanden ist.

Pforzheim, den 30. Januar 1932. R.516
Bezirksamt.

Öffentliche Zahlungserinnerung

Es sind zu entrichten auf:

10. Februar: Die Umsatzsteueranzahlungen der Monatszahler für den Monat Januar.

15. Februar: Die Vermögensteueranzahlungen für 1932 mit einem Viertel des im letzten Steuerbescheid festgesetzten Betrags;

die Einkommensteueranzahlungen der Landwirte mit einem Viertel der zuletzt festgesetzten Steuerzahl nebst 10 v. H. Vandesrücklagensteuerausgleich.

An die Zahlung dieser Abgaben wird erinnert.

Nicht rechtzeitige Zahlung hat die Festsetzung von Verzugszuschlägen mit 1 v. H. für jeden angefangenen 1/4 Monat zur Folge.

Vorgelobte Zahlung unter Angabe der Steuer- nummer wird empfohlen.

R.518
Karlsruhe, den 5. Februar 1932.

Finanzämter Karlsruhe-Stadt und Land, Durlach und Ettlingen.

Die Maul- und Klauenseuche im Viehbestand des Molkereibesizers W. H. Rüdiger in der Gottesauer Kaserne, Karlsruhe, ist erloschen.

R.517
Karlsruhe, den 5. Februar 1932.

D.3.7
Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion B —

B.682. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Emil Schwäbe, Möbel, Inhaber Emil Schwäbe, Karlsruhe- Mühlburg, wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs auf- gehoben. Karlsruhe, den 3. Februar 1932. Geschäfts- stelle des Amtsgerichts A 7.

B.681. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Emil Schwäbe, Möbel, Inhaber Emil Schwäbe, Karlsruhe- Mühlburg, wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs auf- gehoben. Karlsruhe, den 3. Februar 1932. Geschäfts- stelle des Amtsgerichts A 7.

B.682. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Emil Schwäbe, Möbel, Inhaber Emil Schwäbe, Karlsruhe- Mühlburg, wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs auf- gehoben. Karlsruhe, den 3. Februar 1932. Geschäfts- stelle des Amtsgerichts A 7.

B.681. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Emil Schwäbe, Möbel, Inhaber Emil Schwäbe, Karlsruhe- Mühlburg, wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs auf- gehoben. Karlsruhe, den 3. Februar 1932. Geschäfts- stelle des Amtsgerichts A 7.

B.682. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Emil Schwäbe, Möbel, Inhaber Emil Schwäbe, Karlsruhe- Mühlburg, wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs auf- gehoben. Karlsruhe, den 3. Februar 1932. Geschäfts- stelle des Amtsgerichts A 7.

B.681. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Emil Schwäbe, Möbel, Inhaber Emil Schwäbe, Karlsruhe- Mühlburg, wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs auf- gehoben. Karlsruhe, den 3. Februar 1932. Geschäfts- stelle des Amtsgerichts A 7.

B.682. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Emil Schwäbe, Möbel, Inhaber Emil Schwäbe, Karlsruhe- Mühlburg, wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs auf- gehoben. Karlsruhe, den 3. Februar 1932. Geschäfts- stelle des Amtsgerichts A 7.

B.681. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Emil Schwäbe, Möbel, Inhaber Emil Schwäbe, Karlsruhe- Mühlburg, wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs auf- gehoben. Karlsruhe, den 3. Februar 1932. Geschäfts- stelle des Amtsgerichts A 7.

B.682. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Emil Schwäbe, Möbel, Inhaber Emil Schwäbe, Karlsruhe- Mühlburg, wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs auf- gehoben. Karlsruhe, den 3. Februar 1932. Geschäfts- stelle des Amtsgerichts A 7.

B.681. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Emil Schwäbe, Möbel, Inhaber Emil Schwäbe, Karlsruhe- Mühlburg, wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs auf- gehoben. Karlsruhe, den 3. Februar 1932. Geschäfts- stelle des Amtsgerichts A 7.

B.682. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Emil Schwäbe, Möbel, Inhaber Emil Schwäbe, Karlsruhe- Mühlburg, wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs auf- gehoben. Karlsruhe, den 3. Februar 1932. Geschäfts- stelle des Amtsgerichts A 7.

B.681. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Emil Schwäbe, Möbel, Inhaber Emil Schwäbe, Karlsruhe- Mühlburg, wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs auf- gehoben. Karlsruhe, den 3. Februar 1932. Geschäfts- stelle des Amtsgerichts A 7.

B.682. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Emil Schwäbe, Möbel, Inhaber Emil Schwäbe, Karlsruhe- Mühlburg, wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs auf- gehoben. Karlsruhe, den 3. Februar 1932. Geschäfts- stelle des Amtsgerichts A 7.

B.682. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Theodor Jenter, Hutge- schäft in Karlsruhe, Kai- serstraße 61, wurde nach Abhaltung des Schlichter- mins aufgehoben. Karls- ruhe, den 2. Februar 1932. Geschäftsstelle des Amts- gerichts A 1.

Schweizingen. R.815
Güterrechtsregisterreinträge.

Band III, Seite 8: Böden- haupt Gustav, Kaufmann in Schweizingen und Liesel geb. Schid. Vertrag vom 1. Februar 1932: Güter- trennung.

Kinder Theodor, Ingenieur in Schweizingen und Ella geb. Baas. Vertrag vom 27. Januar 1932: Güter- trennung.

Seite 9: Kühler Heinrich, Landwirt in Ofersheim und Anna Margareta geb.

Stod, Vertrag vom 27. Jan. 1932: Gütertrennung.

Schweizingen, 4. Febr. 1932. Bad. Amtsgericht I.



Badisches Landestheater

Sonntag, den 7. Febr. 1932

Nachmittags und Abends

Fasnacht-Kabarett

Musikalische Leitung: Alle Kapellmeister

Einstudierung der Länge: Elfriede Kuhlmann

Anlage: Felix Baumbach

Mitwirkende: Das gesamte Personal

Anfang nachm. 15. Ende 18

Preise D 0,90—5,70 (2,60)

Anf. abds. 19 1/2. Ende 22 1/2

Preise F 1—7 (2,60)

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Druck G. Braun, Karlsruhe